

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1915

293 (15.12.1915)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 7 Uhr. Postfach Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die Spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P., Lokalmerate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Co., Karlsruhe.

Wohin geht die Reise?

Das Verhalten der Minderheit in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion während der letzten Reichstags-Sitzung hat allenthalben Entrüstung hervorgerufen. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, als ob die Minderheit nur den günstigen Augenblick abwartet, um sich von der Mehrheit zu trennen und auf „eigene Füße“ zu stellen. Bekanntlich hat der „Vorwärts“ mitgeteilt, daß ihm 31 sozialdemokratische Abgeordnete eine Erklärung geschickt haben, aus der hervorgeht, daß sie auf dem in der Geschäftsordnungsdebatte geäußerten Standpunkte des Abgeordneten Haase stehen. Was hat nun Haase gesagt? Er kritisierte den durch die bürgerlichen Parteien herbeigeführten Debattenschluß und fuhr (nach dem Berichte des „Vorwärts“) fort:

„Gerade nach den unbestimmten, allgemeinen, wiederholten Versicherungen des Herrn Reichskanzlers und nach den letzten Worten des Herrn Spahn ist es notwendig, daß unser Volk und die Welt erfahren, daß nicht etwa der gesamte Reichstag mit diesen Ausführungen einverstanden ist. Nein, meine Herren, ich erkläre für meine Person, daß ich die Gemeinschaft mit den Anhängern, die hier zum Ausdruck gekommen sind, mit aller Entschiedenheit ablehne (stürmischer Beifall und Gänkeklatschen bei den Soz.), und ich weiß mich eins darin mit der überwältigenden Mehrheit unseres Volkes. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. (Widerpruch.) Meine Herren, wollen Sie denn wirklich, daß aus diesem Gemisch, das ja alle bedeutet (wiederholte Ausrufe: Zur Geschäftsordnung!), schließlich als Ergebnis herauskommt ein Europa, das einen Trümmerhaufen bildet (Sehr richtig! bei den Soz. — Erneute Ausrufe: Zur Geschäftsordnung!), durchtränkt von Tränen und Blut? Wir verlangen eine Waise an alle Eroberungspläne (Zustimmung, Beifall bei den Soz.), von welcher Seite sie auch kommen, und in welcher Form sie sich auch äußern. Wir wollen den Frieden! (Die letzten Worte des Redners gehen in dem einsetzenden stürmischen Beifall und Gänkeklatschen der Sozialdemokraten verloren. — Große Unruhe im übrigen Teile des Saales.)

Genosse Haase hat also die Geschäftsordnungsdebatte benutzt, um, wenn auch nur mit einigen Sätzen, die Minderheit der sozialdemokratischen Fraktion zum Wort kommen zu lassen. Seine Ausführungen richteten sich zum Teil gegen den Redner der eigenen Fraktion. Und dabei ist Haase der Vorliegende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Diese Zustände — wir wollen von dem Verhalten Viehwirtschaft gar nicht reden — sind auf die Dauer unhaltbar. Sie machen innerlich und äußerlich der Partei den betrübendsten Eindruck.

Worauf es die Minderheit mit der Erklärung Haases abgesehen hatte, deutet die „Leipziger Volkszeitung“ in einer Kritik an der Rede des Genossen Landsberg an, indem sie schreibt:

„Der Genosse Landsberg hat in einer Weise berichtet, wie in so schicksalsschwerer Stunde wohl noch nie ein Sprecher der Sozialdemokratie berichtet hat. Statt die erste und wichtigste Aufgabe des Sozialdemokraten zu erfüllen und auszusprechen, was das ist, was Landsberg sich die größte Mühe, den Riß wieder zu verkleinern, der wenige Minuten vorher mit so elementarem Gewalt getreten war, und er besaß die Kraft, die Tat, die wir bei der nationalliberalen Partei so oft verurteilt und verhöhnt haben, er suchte die Worte des Kanzlers so lange zu betreten und zu pressen, bis sie harmlos, ja, bis sie sozialistisch ausfielen. Der Beifall, den er bei den bürgerlichen fand, war reichlich verdient. Vielleicht haben diejenigen Mitglieder der Fraktion, die den Standpunkt Landsbergs nicht teilen, ein zu großes Opfer gebracht, als sie nach seiner Rede nicht auch überseits das Wort ergrißen. Aber ihr Schweigen wird deshalb leichter zu verschmerzen sein, weil für die Parteigenossen draußen im Lande weitere Bemerkungen überflüssig waren.“

Und im Anschluß an die dem „Vorwärts“ zugegangene Erklärung der Minderheit schreibt die „Leipziger Volkszeitung“:

„Wir hoffen, daß diese Erklärung der erste Schritt zum selbständigen Auftreten der Minderheit im Reichstag sein wird. Sie hat jetzt lange genug, wenn nicht schon zu lange, damit gewartet. Die Rede Landsbergs muß unseres Erachtens das Maß endlich zum Überlaufen bringen, sie muß wie eine gewollte Herausforderung der Minderheit an. Die weiteren Reichstagsverhandlungen werden Gelegenheit für die notwendige Aktion der Minderheit geben — wenn nicht eher, dann bei der Abstimmung über den neuen Millardentwurf.“

Kautsky hatte schon vor der letzten Reichstags-Sitzung in einem Artikel der „Neuen Zeit“ zu einer Sonderaktion der Minderheit aufgefordert.

Dieses Verhalten der Minderheit erinnert unwillkürlich an die Vorgänge vor und auf dem Magdeburger Parteitag. Damals wurde die Minderheit einfach vergewaltigt und der badischen Landtagsfraktion der Ausschluß aus der Partei angedroht, falls sie nochmals es wagen sollte, einen „Disziplinbruch“ zu begehen. Heute predigen dieselben Leute offen den Disziplinbruch für die Minderheit.

Wir begnügen uns einstweilen damit, die Tatsachen zu konstatieren.

Geheime Verträge.

Bekanntlich ist Italien dem Londoner Vertrag beigetreten, der alle Teilnehmer des uns feindlichen Staatenbundes verpflichtet, nur gemeinsam Frieden zu schließen. Aus einer Interpellation, die ein kriegsgegnender Radikaler in der italienischen Kammer eingebracht hat, erfährt man nun, daß der Beitritt Italiens unmittelbar vor der Parlamentseröffnung stattgefunden hat. Jedermann wird daraus schließen, daß die italienische Regierung nie und nimmer hoffen konnte, vom Parlament die Zustimmung zu einer solchen Bindung zu erlangen, was wieder die Folge gewesen wäre, daß das italienische Parlament trotz aller Kundgebungen nicht daran denkt, bis in alle Ewigkeit „durchzuhalten“. Man hat hier ein Schulbeispiel dafür, wie sogar ein halbwegs demokratisch organisiertes Land durch Geheimverträge seiner Regierung um alle Willensbestimmung gebracht und ins Verderben gerissen wird. Bleibt nur die Frage, ob das italienische Volk ebenso bereit sein wird, sich bis zum letzten Mann für die hehren Ziele Victor Emanuels und Salandras zu opfern.

Die Lebensmittelversorgung vor der Reichshaushaltskommission.

(Sitzung vom 13. Dezember.)

Zunächst wurde über einige Dutzend Anträge abgestimmt. Das Resultat dieser Abstimmung werden wir zusammenfassend niedergeben, sobald eine Zusammenstellung vorliegt. Nur so viel sei bemerkt, daß die meisten Anträge, auch die sozialdemokratischen, angenommen wurden. Einer dieser Anträge fordert das Verbot der Sonntags- und Nacharbeit in den mit motorischer Kraft betriebenen Mühlen.

Die Diskussion wendet sich dann der Fleischversorgung zu. Die Sozialdemokraten beantragen:

- a) Einführung einer Fleischkarte, die den Verbrauch gleichmäßig regelt.
- b) Einführung einer kombinierten Karte, die den Bezug von Butter, Schmalz, Margarine und Fetten regelt.
- c) Für Groß- und Kleinhandel Höchstpreise für alle Fleischarten, Fleischwaren und Würst, abgestuft nach Fleischsorten.
- d) Höchstpreise für Vieh ab Stall und Schlachtviehmarkt. Einführung eines Schlachtpreises beim Viehkauf und -verkauf.

Die Nationalliberalen fordern eine Regelung der Versorgung der Schweinemäster mit Futtermitteln, zu deren Ankauf das Reich einen Zuschuß leisten soll.

Zu der gleichen Richtung bewegt sich eine Reihe anderer Anträge.

Hg. Masinger (Ztr.) fordert die Einführung von Schlachtpreisen im Viehhandel. Jetzt besteht die Gefahr, daß unsere Viehbestände veräußert werden. Deshalb muß eine untere Gewichtsgrenze für Schlachtvieh festgesetzt werden. Die Spannung der Preise bei Vieh ist zu groß.

Hg. Held (Nal.) begründet den Antrag seiner Partei mit dem Hinweis auf die schwierigen Verhältnisse, in denen sich die Schweinemäster befinden.

Ein Regierungsvertreter äußert sich über die Organisation der Reichsfuttermittelstelle.

Hg. Schmidt-Berlin (Soz.) erörtert die Preissteigerung auf dem Fleischmarkt, der nun eingetreten werden kann durch Höchstpreise für alle Arten von Vieh. Die hohen Viehpreise haben bereits zur Abschichtung von Milchvieh geführt. Letztere ist verboten, damit der Konsum der Bestehenden herabgedrückt wird. Die Einführung der Schlachtpreise ist notwendig, um eine Preiskontrolle zu haben und in Verbindung damit müssen Stallpreise eingeführt werden. Die städtischen Viehhalter sind durch die unerhöht hohen Preise für Futtermittel ganz besonders geschädigt. Bei der Verteilung der Futtermittel sollte man die städtischen Molkereien mehr berücksichtigen, die gar nicht in der Lage sind, selbst Futtermittel anzubauen. Dadurch ist der Bestand an Milchvieh verringert worden.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein bepricht die Futtermittelförderung aus den Vorkassaten. Die Organisation der Einfuhr wird fortgesetzt verbessert.

Hg. Roside (Wund d. Landw.) behauptet, daß die Landwirtschaft nicht reicher wird, sondern eher der Verarmung entgegengeht. Die Viehhändler werden durch das fortgesetzte Schwanken der Preise sehr beunruhigt.

Hg. Fester (Nal.) kritisiert die Regierung, bei Festsetzung von Höchstpreisen nicht immer schwanzend zu sein. Man muß auch, um Störungen zu vermeiden, dem Handel etwas verbieten lassen.

Ein Regierungsvertreter hält es für ganz unmöglich, das Abschichten von Milchvieh zu verbieten, wenn man den Landwirten nicht Futter zur Verfügung stellen könne. Die Schwierigkeiten in der Verteilung der Futtermittel hängen mit den ungenügenden Vorräten zusammen. Für die städtischen Molkereien wird nach Möglichkeit gesorgt. Bei der Verteilung des teureren ausländischen Fleisches wird darauf Bedacht genommen, daß dieses Fleisch von den Bestehenden gekauft wird. Der Handel mit Milchvieh soll künftig konzeffioniert werden, um den wilden Handel zu beseitigen.

Präsident Kaug äußert sich zu den sozialdemokratischen Anträgen. Ehe man rationieren kann, muß man erst den notwendigen Bedarf pro Kopf und die verfügbare Menge kennen. Diese Frage kann nur durch die Gemeinde gelöst werden. Die Städte haben bereits jetzt die Möglichkeit, Buttervorräte einzuführen. Schwieriger liegt es mit der Fettkarte. Für Würst und die einzelnen Fleischsorten können die Gemeinden Höchstpreise festsetzen; das Reich aber kann das nicht, dazu sind die Verhältnisse zu verschieden.

Hg. Götthel bepricht die Kohlenausfuhr nach Rumänien, die sich in durchaus geordneten Verhältnissen entwickelt. Der Futtermangel ist nicht die einzige Ursache des Mangels an Fleisch. Höchstpreise für Milchvieh hält der Redner bei der Verschiedenheit der Qualität für absolut unmöglich. In allen Kreisen des Volkes wird zu viel Fleisch gegessen, das hängt damit zusammen, daß viele Arbeiter heute sehr hohe Löhne beziehen. Mit einer Fleischkarte ist nichts zu erreichen. Die Wirkung wäre, daß mit diesen Karten ein Handel getrieben werden könnte. Die heutige Festsetzung der Preise für Schweinefleisch ist völlig unhaltbar. Die Organisation der Einfuhr von Butter ist mangelhaft. Bei der Verteilung der Futtermittel haben die Großgrundbesitzer einen völlig unberechtigten Vorzug.

Hg. Wöhrer (freil.) macht die Konzentrationen für den Mangel an Fleisch mitverantwortlich, die ihr Vieh direkt vom Produzenten beziehen. Die Verordnung von Milch zu Kaffee muß verboten werden.

Hg. Giesberts: Die Bestehenden Klassen empfinden keinen Mangel. Den Kreisen bis zu einem Einkommen von 2000 Mark muß ein entsprechendes Quantum Fleisch zur Verfügung gestellt werden. Der Hinweis auf die hohen Löhne der Arbeiter ist verfehlt, die Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen wird erheblich genug bezahlt.

Hg. Herold (Ztr.) ersucht die Regierung dringend, mit der Lieferung von Ersatzfuttermitteln nicht zu zögern. Von einem Schlachtverbot für Milchvieh kann keine Rede sein. Die bevorzugte Versorgung der städtischen Molkereien mit Futtermitteln würde eine Benachteiligung der Landwirtschaft bedeuten. Die hohen Preis- und Schlachtpreise sind nicht berechtigt, sie entstehen nur durch die hohen Zwischenverdienste.

Hg. Böhme (Nal.) empfiehlt die Privatwaidungen zwangsweise für die Viehhaltung zu verwerfen. Wenn es sich, wie hier, um ein öffentliches Interesse handelt, dann müssen private Interessen zurücktreten.

Hg. Dr. Wendorff (Nal.): Die Verteilung der Futtermittel geschieht nicht unparteiisch. Der Verteilung darf nur die Viehhaltung zugrunde gelegt werden. Die größere Berücksichtigung der städtischen Molkereien ist durchaus berechtigt und notwendig. Die Berücksichtigung der Geflügelzüchter nachteilig durch den hohen Wert, den dieser Zweig unseres Wirtschaftslebens hat. In heimischen Kreisen klagt man bitter über den zunehmenden Milchmangel, der seine Ursache in dem mangelnden Viehstand hat.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein bepricht entschieden, daß bei der Verteilung der Futtermittel ungerührt vorgehen wird. Eine Verteilung nach der Viehhalt ist bei der Verschiedenheit der einzelnen Wirtschaften unmöglich. Die Versorgung der städtischen Molkereien wird, soweit nur irgend möglich, sichergestellt. Das Reich wird auf die Einzelstaaten einwirken, um einen stärkeren Milchabsatz herbeizuführen.

Hg. Wurm (Soz.) erwidert den Fehler, der bei Einführung von Höchstpreisen für Schweinefleisch gemacht wurde, darin, daß sie zu spät eintrafen. Die Agrarier hoffen, daß die Höchstpreise erhöht werden, und halten deshalb mit den Vorräten zurück. Die Regierung muß Schweine beschlagnahmen, damit die Industrie-Arbeiterschaft mit Schweinefleisch versehen werden kann. Die Monate Januar und Februar sind dazu besonders geeignet. Der Fleischverbrauch muß durch Karte geregelt werden. Die fleischlosen Tage dürfen in ihrer Bedeutung nicht unterschätzt werden, denn die Bestehenden werden davon nicht betroffen. Wie stellt man sich die Kontrolle des Verkaufes ausländischen Schweinefleisches vor? Bei der Wurst sind die Preise zu hoch, diese hohen Preise reizen dazu an, das Fleisch zu Wurst zu verarbeiten. Dem Konsumentschwandel kann man nur dadurch begegnen, daß auf der Umhüllung der Innheit genau angegeben wird. Mit der Butterversorgung hat Straßburg vorbildlich gearbeitet. Der Viehsteck steht dort unter strenger Kontrolle der Stadt, die den Verbrauch durch Ausgabe von Karten regelt. In Berlin wird gerade die ärmere Bevölkerung am schwersten getroffen. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft läuft zu teuer. Händlergruppen verstehen es immer wieder, ein Sinken der Butterpreise zu verhindern. Deshalb müssen wir Butterkarten haben.

Hg. Roside erwidert einen Vorwurf davon, daß wenig Schweine auf den Markt kommen. Der Mangel an frischem Schweinefleisch ist nur auf die Schlächter zurückzuführen. Die Einführung von Butterkarten ist notwendig.

Hg. Masinger behauptet, daß in Bayern die Konsumenten zu wählerisch sind, fette Schweine können dort nicht verkauft werden, man will nur mageres Schweinefleisch haben. Daß man einen Teil der Molkereiproduktion beschlagnahmt, ist nicht erfreulich.

Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein: Wenn die Einfuhr von Butter zentralisiert werden müßte, dann könnte man nicht alle Händler beschäftigen. Das Beispiel von Straßburg zeigt, was eine Kommune bei gutem Willen leisten kann. Der Erfolg der fleischlosen Tage darf doch nicht unterschätzt werden. Es ist schärf zu beurteilen, wenn die Bestehenden Kreise sich nicht darnach richten.

Hg. Roside-Rüde (Nal.) verlangt, daß in Ost- und Speisehäusern Butter nur auf Verlangen verabreicht werden darf.

Hg. Fischel (Nal.): Die fleischlosen Tage haben die auf diese Maßnahmen gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Die Vergewaltigung der Arbeiter, viel Fleisch zu essen; die hohen Löhne der Arbeiter haben dazu geführt, daß in diesen Kreisen heute mehr Fleisch gegessen wird, als wie in den Schichten des Mittelstandes. Ob man mit Höchstpreisen für Milchvieh zu dem gewünschten Ziele kommt, ist zu bezweifeln. — Nach weiteren Auseinandersetzungen zwischen den agrarischen Vertretern spricht Staatssekretär Helfferich über jene Anträge, die Zuschüsse vom Reiche fordern. Dieser Weg ist nicht richtig; auf eine solche Zuschußwirtschaft kann sich das Reich nicht einlassen. Diese Forderungen stehen im engsten Zusammenhang mit den Anträgen auf Erhöhung der Familienunterstützung, die wiederum im Zusammenhang steht mit der beantragten Erhöhung der Soldatenlöhne. Für letzteres liegt kein Bedürfnis vor, höchstens daß die Mannschaften einer besseren Verpflegung bedürfen. Auf diesem Gebiet ist bereits viel geschehen. Vielleicht kann man dem Kriegsmi-

sterium eine Haushalte für diesen Zweck zur Verfügung stellen. Der Satz der Familienunterstützung von 15 Mark monatlich ist durchaus genügend. Wo sich Härten ergeben, ist die Möglichkeit vorhanden, einen Ausgleich zu schaffen. Man darf auch den Kommunen nicht die Pflicht auferlegen, bestimmte Leistungen zu übernehmen. Bei den geforderten Zuschüssen für die Futtermittelversorgung wird die Regierung prüfen, was sich machen läßt. — Abg. Kreth hält es für gleichgültig, wer die Zuschüsse leistet. — Abg. Erberger stellt fest, daß der Reichsfinanzminister sich entgegenkommend geäußert habe. Personen unter 2000 Mark Einkommen müssen die Lebensmittel billiger bekommen, und dazu müssen die Kommunen Zuschüsse erhalten. Für das ganze Reich ist eine Erhöhung der Familienunterstützung nicht nötig. Wichtig ist eine Erhöhung in jenen Gegenden, in denen die reine Geldwirtschaft herrscht; dort können die Familien nicht auskommen. Hier muß eingegriffen werden. Die Erhöhung der Mannschafslöhne ist nötig, weil die Mannschaften höhere Preise für ihre Bedürfnisse ansetzen müssen. — Die Kommission beschloß, die Erhöhung der Mannschafslöhne hier mitzubehandeln und gleichzeitig auf die Kriegsbesoldungsordnung einzugehen.

Abg. Bauer (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Anträge, in denen verlangt wird, daß die Unterstützung der Kriegsgewerkschaften monatlich 20 und die der Kinder 10 Mark betragen soll. Die Gemeinden sollen verpflichtet werden, mindestens 50 Prozent Zuschlag zu zahlen. Der Redner trat der Auffassung entgegen, daß ein Bedürfnis zur Erhöhung der Familienunterstützung nicht vorhanden sei. Selbst im Osten, wo neben der Geld- auch die Naturalwirtschaft besteht, herrscht unter den Kriegsfamilien große Not. Besonders schlecht gestellt sind aber die Familien der freien Arbeiter, die auf dem Lande mitunter höhere Lebensmittelpreise bezahlen müssen als wie sie in den Städten gefordert werden. Die Lieferungsverbände haben vielfach sehr wenig sozial gehandelt. Redner bezieht sich in einer Reihe überaus drastischer Beispiele. Zum Schluß fordert er die Schaffung einer Verursachungsinstanz. — Ministerialdirektor Lewald bemerkt, daß 4 Millionen Fälle in Frage kommen mit vielleicht 12 Millionen Personen. Die allgemeine Erhöhung sei jedenfalls nicht zweckmäßig. Viele Gemeinden seien gar nicht in der Lage, die geforderten Zuschüsse zu zahlen, und das Reich kann ihnen die Zuschüsse auf keinen Fall ersetzen. Auch eine Verschwenkung habe nicht viel Zweck. Für die Unterstützung der Kriegsfamilien wendet das Reich gegenwärtig monatlich 100 Millionen Mark auf, während die Gemeinden 40 Millionen zuschießen müssen. — Abg. Gothein hält vielfach die Unterstützung für unzureichend, namentlich dann, wenn es sich um alte Eltern handelt, die mehrere Söhne im Felde haben. Die Gehälter der Offiziere hat man nicht herabgesetzt, und soweit die Bezüge der Beamten ermäßigt worden sind, hat der Generalgouverneur von Belgien diese Maßnahme einfach illusorisch gemacht dadurch, daß er die Bezahlung in alter Höhe anordnete. — Nachdem noch Staatssekretär Helfferich, Abg. Kossik und einige Regierungsvertreter das Wort genommen hatten, erfolgte Vertagung der Sitzung auf Dienstag.

Tagesbericht der obersten Heeresleitung

Westlicher und östlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Südwestlich und südlich von Plebje haben die österreichisch-ungarischen Truppen den Feind erneut zum Weichen gebracht. Dort und in den ostmontenegrinischen Bergen wurden etwa 2500 Gefangene eingebracht.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichisch-ungarische Tagesbericht.

Wien, 14. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlich wird verkaufter, 14. Dez., mittags:

Russischer Kriegsschauplatz:

Nichts Neues.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Plebje erklimmen unsere Truppen die montenegrinischen Stellungen auf der Brane Gora. Im Raume nördlich von Berane brachten wir neuerlich 2300 Gefangene ein.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Vom westlichen Kriegsschauplatz.

Der französische Bericht.

Paris, 15. Dez. (Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht vom gestern abend 11 Uhr: Sehr lebhaftes Artillerietätigkeit im Artois südwestlich von Beaurain, wo wir ein deutsches Schanzwerk zerstörten. Nördlich von der Wisne und in der Champagne in der Gegend des Hügel von Mesnil, in St. Mihiel beschädigten unsere Batterien ernstlich die einzige deutsche Brücke, die das Anstücken der Mos nach übrig gelassen hat. Bei St. Marie und St. Mihiel verursachten unsere Schiffe schweren Schaden an einem deutschen U-Boot. Neue Berichte von Augenzeugen besagen, daß unsere vorgezogene Beschädigung des U-Bootes von Bouhot (Route Neuve) ausgedehnte Wirkung erzielt hat. Deutsche Schiffsgräben tauchen vollständig zum Schreien gebracht und eingedeckt. Mehrere Maschinengereäte zerstört.

Belgischer Bericht. Die Nacht verlief an der Front ruhig. Gerne führen unsere Batterien wirksame Beschädigungen verschiedener feindlicher Batterien und Truppen, sowie eines deutschen Lagern bei Rehem aus.

Der Krieg mit Italien.

Oesterreichischer Bericht.

Die Tätigkeit der Italiener in Judicarien dauert fort. Einzelne kleinere Angriffe des Feindes wurden abgewiesen. Der an der Straße nach St. Peter gelegene Stadteil von Gerg stand wieder unter Artilleriefeuer.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Vom Balkan-Kriegsschauplatz.

Mazedonien befreit.

Sofia, 14. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Aus dem Hauptquartier wird gemeldet: Der 12. Dezember 1915 wird für die bulgarische Armee und das bulgarische Volk

von großer historischer Bedeutung haben. Heute befehlt unsere Armee die letzten drei mazedonischen Städte, welche sich noch in den Händen der Feinde befanden: Doiran, Guegheli und Struga. Die Kämpfe mit den Engländern, Franzosen und Serben spielten sich an den Ufern der Seen von Doiran und Ochrida ab. Der Feind wurde überall geschlagen. Mazedonien ist befreit, auf mazedonischem Boden befindet sich kein einziger feindlicher Soldat mehr.

Der türkische Bericht.

Konstantinopel, 14. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Das Hauptquartier meldet: Von der Front Front liegen keine neuen Nachrichten vor.

An der Kaukasusfront wiesen wir Ueberrumpelungsversuche zurück, welche der Feind mit kleinen Abteilungen an einigen Abschnitten unternahm.

Von der Dardanellenfront wird berichtet: Bei Anaforta befohlen feindliche Vangerschiffe, die dabei von Beobachtungsbalkons unterstützt wurden, einen Angriff unsere Stellungen. Unsere Artillerie erwiderte das Feuer und beschloß wirksam die Schiffsgräben und Batterien des Feindes. Bei Ari Burnu ziemlich heftiges Bombardieren und Geschützkämpfe mit Zwischenpausen. Bei Sedd-el Bahr schloß der Feind in der Nacht vom 11. zum 12. Dezember gegen unsere linken Flügel eine ziemlich große Menge Bomben. Am 12. Dezember verjagte der Feind, nachdem er stundenlang Bomben aller Art und Luftgeschosse gegen diesen Flügel geschleudert und ein sehr heftiges Gewehr- und Geschützfeuer gegen denselben gerichtet hatte, einen Angriff, welcher jedoch durch die heftige Antwort unserer Artillerie, die den Feind mit großen Verlusten zwang nach seinen Schiffsgräben zurückzuführen, vollständig abgewiesen wurde.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Franzosen und Engländern.

London, 14. Dez. Lord Fraser bespricht in der „Daily Mail“ den Balkanfeldzug und sagt: Eine Ursache, daß wir Saloniki nicht aufgeben, ist unschmeichelnd der leidenschaftliche Wunsch der Franzosen, auf diesem Kriegsschauplatz zu bleiben. Die französische Haltung wird in England wenig verstanden. Sie scheint mit gewissen dunklen Rücksichten zusammenzuhängen, die hier nicht erörtert werden können. Der Wunsch war anfangs keineswegs allgemein. Viele hervorragende französische Militärs und andere Persönlichkeiten waren für den Rückzug, aber die Stimmung für das Ausbleiben scheint zu wachsen und immer mehr Anhänger gefunden zu haben.

Paris, 14. Dez. Im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten gab Briand Erklärungen über die Lage auf dem Balkan ab und versicherte, daß über die zu treffenden Maßnahmen und ihre Ausführungen Einigkeit unter den Alliierten bestehe.

Joseph Oberbefehlshaber der Balkantruppen?

Mailand, 14. Dez. (Ueber Bern.) Nach einer Meldung des Londoner Berichterstatters des „Corriere della Sera“ soll der Entschluß des Kriegsrates der Verbündeten zu gemeinsamen Operationen am Balkan unter einheitlicher Leitung voranzutreiben lassen, daß die Leitung des Balkanfeldzuges Joseph übertragen wird.

Die englischen Verstärkungen.

Paris, 14. Dez. „Petit Parisien“ meldet aus Saloniki: Vier weitere Transportdampfer mit englischen Truppen sind hier am 12. Dezember angekommen. Tag und Nacht ist eine starke Bewegung im Hafen. Frankreich hat viel schwere Artillerie geschickt. Ein großer Teil der hier befindlichen Truppen wird an die Front gehen.

Französische Beschwichtigungsbemühungen.

Paris, 13. Dez. Nach dem Bericht des Sonderberichterstatters des Petit Parisien aus Saloniki haben die Franzosen den Brückenkopf von Gradiz geräumt. Die Engländer seien dieser Bewegung gefolgt. Man dürfe in diesem Rückschritt keine Bewegung sehen, die unter dem Druck einer unmittelbaren Gefahr geschähe sei. Er sei vielmehr gewollt und planmäßig vorbereitet und bewundernswürdig unter ganz geringen Verlusten an Mannschaften und Material ausgeführt worden. Die Lage ist allerdings nicht einfach, aber keineswegs verzweifelt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Dezember.

Am Bundesratsitz die Staatssekretäre Dr. Delbrück, Helfferich, v. Jagow, Dr. Solf u. a.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung 2.11 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst fünf kleine Anfragen des Abg. Liebknecht (Soz.).

Auf die Frage betreffend Annexionen und Grundlagen für Friedensverhandlungen erklärt Staatssekretär v. Jagow: Mit Bezug auf die Verhandlungen des Reichstags vom 9. ds. Mts. lehne ich es ab, eine Antwort zu erteilen.

Abg. Liebknecht stellt als Ergänzung die Anfrage: Welche Schritte gedenkt die Regierung zu tun gegenüber eigenständigen Vorschlägen neutraler Regierungen? — Präsident Dr. Kaempf bezeichnet diese Frage als eine neue Anfrage, die nicht zulässig sei.

Auf die zweite Anfrage des Abg. Liebknecht betreffend die Vorlegung der Dokumente über die Entstehung des Krieges usw. antwortet Staatssekretär v. Jagow: Das erforderliche Material ist bereits veröffentlicht worden. (Sehr wichtig rechts.) Die Regierung beabsichtigt auch ferner, Veröffentlichungen über diplomatische Verhandlungen vorzunehmen, sofern sie zur Klärung der Öffentlichkeit erforderlich erscheinen. Für die in der Anfrage weiter geforderte Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission eingutachten, ist die Regierung nicht gewillt. Die Verantwortlichkeit und die Tathatung treffen nur unsere Gegner.

Abg. Liebknecht fragt zur Ergänzung: Ist die Regierung mindestens bereit, das gesamte amtliche diplomatische Material über die Verhandlungen sofort vorzulegen?

Staatssekretär v. Jagow antwortet: Ich habe nichts hinzuzufügen.

Als Abg. Liebknecht weitere Ergänzungsfragen stellt, entsetzt in Kaufe lebhaft Unruhe. (Rufe: Unhöflich!) Liebknecht beruft vergeblich, sich verständlich zu machen und meldet

sich persönlich beim Präsidenten nochmals zum Wort. (Eine weitere Ergänzungsfrage wird vom Präsidenten wiederum als eine neue Anfrage bezeichnet. (Die Zurufe dauern an.) Schließlich erklärt der Präsident, das Haus sei bereits zur dritten Anfrage übergegangen.)

Auf die dritte Anfrage des Abg. Liebknecht betreffend Kontrolle der auswärtigen Politik durch die Volkswirtschaft antwortet

Staatssekretär v. Jagow, die Regierung sei nicht bereit, dem Wunsch des Abgeordneten zu entsprechen und dem Haus eine nach den Anregungen der Anfrage erforderliche Verfassungsänderung vorzulegen.

Auf die vierte Anfrage betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Mehlern, Unterhosen usw. erklärt Ministerialdirektor Dr. Lewald, er lehne im Auftrage des Reichstags die Beantwortung dieser Anfrage ab. — Unter großer Anteilnahme stellt Abg. Liebknecht eine Ergänzungsfrage, die vom Präsidenten aber wiederum als eine nicht zulässige neue Anfrage bezeichnet wird. Die Beantwortung einer weiteren Ergänzungsfrage lehnt hierauf Ministerialdirektor Dr. Lewald abermals ab. — Es folgt die letzte Anfrage des Abg. Liebknecht über die Neuorientierung der inneren Politik, Demokratisierung der Verfassung usw.

Ministerialdirektor Dr. Lewald lehnt die Beantwortung dieser Anfrage ab.

Abg. Liebknecht fragt zur Ergänzung: Wie stellt sich die Regierung zur dreifachen Maßnahme? (Säuerliches Geschrei.) Als der Präsident diese Frage als eine neue Anfrage erklärt und Abg. Liebknecht weiter spricht, erfolgen stürmische Unterbrechungen und allgemeiner Lärm, in dem die Worte Liebknechts untergehen. — Damit sind die kleinen Anfragen erledigt.

Das Haus tritt in die erste Lesung des Gesetzesentwurfes betreffend Nachtragsforderung von zehn Milliarden ein.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Wir fordern in diesem Etat weitere 10 Milliarden Mark für die Kriegführung. Diese Ausgabe ist notwendig, weil unsere Feinde trotz aller Niederlagen immer noch von einer Fortdauer des Krieges sprechen. Ihre Zustimmung zu dieser Vorlage wird der Welt aufs neue beweisen, daß unser Entschluß zum siegreichen Durchgehen unerschütterlich ist. Wir hoffen, daß wir mit einer neuen Kriegsanleihe bis zum März werden warten können. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß die Reichsbank des deutschen Volkes nicht an ein gutes Ende zu glauben. Der kategorische Imperativ der Vaterlandsliebe ist es, der durch unsere Anleihen seine Triumphe feiert. Ich danke allen, die der großen Sache zum Erlolge beigetragen haben. (Bravo!) Es waren tatsächlich Volksanleihen. (Erneutes Bravo!) Unsere Gegner behaupten, unsere Anleihen seien ein großer Mißgriff, finanziert durch die Darlehensklassen. Die Feinde zu belehren, habe ich aufgegeben. Wen Gott bereden will, den schlägt er mit Blindheit. (Große Heiterkeit. Sehr richtig!)

Die Gesamtkriegskosten betragen täglich 320 bis 330 Millionen Mark, monatlich 10 Milliarden, jährlich nahezu 120 Milliarden Mark. Davon entfallen auf die Gegner 2/3 und auf uns und unsere Verbündeten 1/3. Unser Geldbedarf wird so gut wie ausschließlich im Inland gedeckt, während unsere Feinde ins Ausland, namentlich zu den Vereinigten Staaten von Amerika, gehen müssen. Die Franzosen sprechen vom deutschen Staatsbankrott. Sie täuschen sich damit und glauben mit Trugschlüssen über ihre eigene Lage hinwegzukommen. Zur Unterbrechung ihrer Anleihen müssen sie alle möglichen Restamittel abgeben. Morgen wird die Bekämpfung in Frankreich geschlossen. Morgen wird die Zukunft abgemacht. In England herrscht große Besorgnis für die Zukunft.

Ein Wort des Dankes gebührt den Deutsch-Amerikanern, die ebenfals amerikanische Staatsbürger zu sein glauben, wenn sie die Entente-Anleihe ablehnen, als diejenigen, die unsere Feinde dadurch unterstützen. Englands Appell an den deutschen Hunger und den Bankrott Deutschlands hat versagt. Wir haben genug, und wichtige Dinge teilweise billiger als England und Frankreich. Die Feinde sollen wissen, daß wir auf jeden Ueberflus verzichten und lieber jede Not ertragen, als des Feindes Brot essen. (Beifall.) Die schwere deutsche Front hält zu neuen Schlägen aus. Die Verantwortung für das vergangene Blut und für die schwere Gefahr, die der ganzen europäischen Kultur droht, fällt nicht auf Deutschland, sondern auf jene, die aus unsern Waffenerfolgen Schlüsse nicht ziehen wollen. Wir stehen da wie ein gewöhnlicher Feld in hominischer Erde! (Schaffer Beifall und Händeklatschen.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Wir behalten uns unsere Entscheidung bis zur dritten Lesung vor und stimmen einer Kommissionsberatung bei.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Dafür stimmen die bürgerlichen Parteien geschlossen und ein Teil der Sozialdemokraten.

Abg. Liebknecht (zur Geschäftsordnung): Ich hatte mich als erster zum Wort gemeldet und muß protestieren. (Stade des Präsidenten, großer Lärm.)

Abg. Kaisermann (Natl.) beantragt Ueberweisung der Vorlage an den Reichshaushaltsausschuß. Diesem Antrag wird zugestimmt.

Abg. Lebedour (Soz.) legt bezogen Vernehmung ein, daß einem Abgeordneten, der zur Geschäftsordnung spricht, das Wort abgeschnitten wird.

Abg. Neumann-Dorfer (Fortchr. Sp.): Das Haus hat erst gesprochen, als den Worten des Präsidenten vom Abg. Liebknecht kein Gehör geschenkt wurde.

Ohne Debatte wird hierauf die erste Lesung der Vorlage betreffend Zulassung von Hilfsmitteln beim kaiserlichen Parlament erledigt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Montag, 20. Dezember, 11 Uhr: Kriegsgeldausbezahlung, Kriegsausgaben der Reichsbank, Ergänzungsvorlagen. — Schluß 1/4 Uhr.

Aus dem Hauptauschuß.

Berlin, 14. Dez. In der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstags erörterte der Staatssekretär des Reichshaushalts auf die Anregung des Zentrumsmittels, allen Einkommen bis zu 2000 M. Familienunterstützung und zuzukommen zu lassen, dies würde ins Uferlose gehen. Es würden dann auch solche Personen eine Unterstützung erhalten, die sie gar nicht nötig hätten. Er müsse bitten, die Leistungsfähigkeit des Reiches zu berücksichtigen. Für darüber hinausgehende Forderungen könne er die Verantwortung nicht übernehmen.

Zur Erhöhung der Mannschafslöhne und Verpflegungssätze äußerte der in der Vertretung des Reichstags v. Bunsel aus, die Löhnungsverhältnisse seien als ausreichend zu erachten. Die Verpflegung der Truppen sei anerkannt gut und nur bei schwachen Verhältnissen seien Erhöhungen in der Verpflegung möglich. Im allgemeinen sei sowohl im Westen wie im Osten die Ernährung so, daß sie zur guten Erhaltung ausreichte. Es würden auch Genussmittel, Zigarren, Zigaretten und anderes, gereicht. Manches alter Mann müsse sich allerdings an die gebotene Kost zu machen gewöhnen. Bekleidungen würden geprüft und zur Kontrolle seien Ausschüsse von Unteroffizieren und Mannschaften gebildet. Eine Erhöhung der Löhne würde den Mannschaften in Höhe nicht viel nützen, weil draußen nicht viel zu kaufen sei. Die Lebensmittel würden von Staatswegen geliefert. Die Erhöhung der Verpflegungssätze auf 1,20 M. sei nicht überall auf Platz, da bei gemeinsamen Süden oft billiger durchzukommen sei.

Wort.) Eine wiederum als (am.) Schickur dritten An...

Verhandlungen der Budgetkommission der 2. Kammer.

Ein Zuschuß für das Karlsruher Hoftheater. Die Anforderung eines einmaligen außerordentlichen Zuschusses zum Betriebsaufwand des Großh. Hoftheaters Karlsruhe in Höhe von 200.000 Mk. wird zunächst vom Herrn Minister...

gefolgt hat, welche für die sofortige Bewilligung des angeforderten, durch die allseits anerkannte Notlage begründeten einm...

Badische Politik.

Die Zweite Kammer hält ihre nächste (2.) Sitzung am Montag, nachmittags 4 Uhr, ab. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wird...

Aus dem Lande.

Bretten, 13. Dez. Vergangene Woche wurde hier ein 25jähriger Professor aus Mannheim verhaftet und in das hiesige Gefängnis eingeliefert. Letzte Samstag erhängte...

hatte sich nach eigenem Geständnis im Auftrag des französischen Spionagedienstes in die deutschen Vorpostenlinien begeben, um Stellungen und Truppenverteilung auszukundschaften.

Fliegerunglück.

Mailand, 14. Dez. (Nicht amtlich.) Der „Corriere della Sera“ berichtet über ein schweres Fliegerunglück auf dem Flugfeld bei Mailand. Der Führer, der Beobachtungsoffizier und noch ein Passagier des verunglückten Flugzeuges waren sofort tot.

Aus der Stadt.

Keine Feuerungs-Zulage für Sonntag. Ueber Verhältnisse in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik geht uns folgender Bericht zu: Die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik hier löst in der Woch...

Zu diesem Bericht wird uns von informierter Seite mitgeteilt: Es ist zweifellos ein Unrecht, wenn den Arbeitern, die Sonntags arbeiten müssen, keine Feuerungszulage gegeben wird.

Wenn dann der Schreiber des Berichts noch über Abzüge an den bestehenden Akkordfahnen klagt, so sei darauf hingewiesen, daß die Arbeiter in diesem Gewerbe behandelt werden, wie sie es verdienen.

Vollversammlung der Handwerkskammer. Die Handwerkskammer für den Bezirk Karlsruhe hielt gestern unter dem Vorsitz ihres Vorstehenden Stadtrat Jsemann im Stadtraum...

Die Auszahlung der Gehälter. Aus Beamtenkreisen schreibt man uns: Die Auszahlung der Gehälter an den Tagen nach dem Ersten eines Monats, wenn dieser Erste auf einen Sonntag oder Feiertag fällt, hat schon vielfach zu Klagen geführt...

Neues vom Tage. Erschießung eines Spions. Müllheim, 15. Dez. An den Plakatsäulen in Müllhausen wurde die abermalige Erschießung eines Spions bekannt gegeben und zwar handelte es sich um den Tauger Viktor Binder aus Obern i. G. Er...

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe. Neu einstudiert: „Herodes und Mariamne“.

Tragödie in fünf Aufzügen von Friedrich Hebbel. Der Dichter besitzt in Karlsruhe nur eine kleine Gemeinde, wie aus dem schwachen Besuch der Vorstellung am Montag hervorgeht.

des Hauptkritikers des dramatischen Theaters, der sich nicht über die Aufführungsfähigkeit des Stückes äußert, sondern nur über die Aufführungsfähigkeit des Stückes äußert.

umfere Erbengemeinschaft und ein Teil...

hatte mich (Kloße des...

ung der Vorzug wird...

Veranstaltungen.

Im Palaſt-Theater, Herrenſtraße 11, ſieht man ab heute bis einſchl. Freitag eine Kriegepiſode „Wenn die Heimat ruft“.

Residenz-Theater, Waldſtraße 30. Der neue Spielplan vom Mittwoch, 15., bis einſchl. Freitag, 17. Dez., bringt „Pflicht und Liebe“ (Kriegsepiſode in 8 Akten), ſowie zwei Dramen: „Die Hopi-Indianerin“ und „Der mittlernächtl. Gaſt“ (in 3 Akten).

Letzte Nachrichten.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Berlin, 14. Dez. Der Seniorenkonvent des Reichstags trat Dienstag abend nach der Plenarſitzung zuſammen. Man beſchloß, wie bereits gemeldet, in der kommenden Woche am Montag und Dienstag Plenarſitzungen abzuhalten und die Budgetkommiſſion zu veranlaſſen, möglicht viel vor Beſchlüſſen zu erledigen.

Wegen Milchpannderei verurteilt.

Berlin, 15. Dez. Vor dem Schöffengericht in Berlin-Schöneberg ſtanden geſtern ein Molkereibeſitzer und deſſen Frau, die beſchuldigt waren, Milch verfälſcht und zum Verkauf gebracht zu haben.

Befestigung des Suezkanals durch die Engländer.

Berlin, 15. Dez. Das „Berliner Tagblatt“ meldet aus Wien am Rhein: Die „öſterreichiſche Volkszeitung“ erfährt aus Cairo, daß an beiden Ufern des Suezkanals mehrere hunderttauſend Eingeborene und engliſche Soldaten damit beſchäftigt ſind, Schützengraben in 6. bis 7ſachen Reihen auszuheben.

Deutschland und Griechenland.

Athen, 15. Dez. (Agence Havas.) Nach einer nicht-amtlichen Meldung ſollen die Deutſchen von der Regierung verlangt haben, daß die den Alliierten gewährten Erleichterungen mit der griechiſchen Neutralität im Einklang ſtänden.

Keine Ententruppen mehr in Mazedonien.

Bern, 14. Dez. Der Berichtſtattor des „Corriere della Sera“ drahtet aus Saloniki: Die Alliierten haben die griechiſch-ſerbische Grenze überſchritten. Es wurde alſo den Angreifern auch der letzte Fuß Boden überlaſſen, der noch Serbien geblieben war.

Ruſſiſche Befestigungen an der rumänischen Grenze.

Wien, 15. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Wie die „Neue Freie Preſſe“ meldet, wird die Stadt Iſmail von den Ruſſen in Verteidigungszuſtand geſetzt.

Die beiden Städte Iſmail und Herſ liegen in Beſarabien, auf dem ruſſiſchen Ufer der Donau kurz vor deren Mündung ins Schwarzee Meer.

Freigeſprochen.

Amſterdam, 14. Dez. Chefredakteur Schröder vom „Telegraaf“ wurde heute von der Anklage, die Neutralität Hollands im Gefaßr gebracht zu haben, freigeſprochen.

eine Notiz in ſeinem Blatt gefährdet zu haben, wegen einer anderen gegen ihn anhängigen Strafverfolgung vorläufig in Präſidenthaft.

Vertagung der italieniſchen Kammer.

Rom, 14. Dez. Die Kammer vertagte ſich geſtern bis zum 1. März 1916. In einer kurzen Anſprache ſagte Miniſterpräſident Salandra, er ſei überzeugt, daß die Kammer einig ſei in dem Wiſſen, daß würdigen und ehrenvollen Frieden, der jedoch nur durch den Sieg errungen werden könne.

Amerikas Heeresvermehrung.

Washington, 14. Dez. (Reuter.) Der Staatsſekretär des Kriegsamtbes beſtätigt in ſeinem Jahresbericht die Bildung von 20 neuen Inſanterieregimentern, 4 Regimentern Feldartillerie, 52 Kompagnien Küſtenartillerie, 15 Kompagnien Pioniere und 4 Aufſichtswabern.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Kolb; für den übrigen Inhalt: Hermann Radel; für die Illustrate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Gutenbergſtraße 24.

En gros. Julius Strauss, Karlsruhe. En détail.

Als passende Weihnachtsgeschenke empfehle: Alle Genres Weißwaren, Unterröcke, Taschen-Tücher, Trikotagen, Handschuhe, Strümpfe, Krawatten, Tellerkragen, Sturzwesen, Echarpes von der einfachsten bis feinsten Art.

Unsere Marine Beste 2 Pfg. Cigarette. TRUSTFREI. GEORG A. JASMATZKI AKTIENGESELLSCHAFT DRESDEN-A. Includes an illustration of a sailor.

Damentaschen, Brieftaschen, Geldbeutel, Papier-Geldtaschen, Zigarrenetuis, Gamaschen, Rucksäcke, Hosenträger, Markt Taschen, Kofferhaus, Geschw. Lämmle, Kronenstr. 51.

Bekanntmachung. Feststellung der Kartoffelvorräte am 15. Dezember. Auf Grund der Verordnung des Großh. Ministeriums des Innern vom 8. Dezember werden in den nächsten Tagen die Vorräte an Kartoffeln ermittelt.

Bekanntmachung. Die Viehzählung für das Jahr 1915 betreffend. Die Viehzählung über den Viehbestand und Pferdebestand der hiesigen Stadt einschließlich der Borzore liegt vom 15. d. M. an acht Tage lang auf der Kanzlei des städtischen Statistischen Amtes.

Aepfel, Baggon eingetroffen, Kochäpfel, 10 Pfund M. 1.10, 2 Erbprinzenstr. 2, Karlsruhe. Sattler, auch Kriegsinvalide als Vorarbeiter, als Militäreffekten gesucht.

Arthur Baer, Kaiserstr. 133, 1 Tr. hoch. Klavierstimmen, erledigt pünktlich, Ludwig Schweisgut, Erbprinzenstrasse 4. Fernruf 1711.

Das Bürgermeiſteramt. Wegen demnächstiger Einberufung unseres Geschäftsführers Stellvertreter. Die Bewerber müssen militärfrei, mit den einschlägigen Arbeiten und Geſehen, ſowie dem Kaſſen- und Rechnungswesen vollkommen vertraut ſein.

Landjäger, Salami für's Feld, auch an Wiederverkäufer, Wursterei H. Lang, Karlsruhe, Degenſelſtr. 1, Telephon 689.

Gebüder Scharff, Wir empfehlen: Heringe, extra gross, Stück 22 Pfg., Bratheringe, Stück 15 Pfg., Sardinen, grosse Dose 40 Pfg., Bäcklinge, St. 16 bis 19 Pfg.

langen Plüschmäntel, 20% Rabatt, Wilhelmstraße 30.

Naähmaschine. Wer eine Naähmaschine, beste Qualität (neu), bei monatlich 14tägiger günstiger Zahlung kaufen will, sende seine Adresse an: Birkel 13, 2. Stock.

Pfannkuch & Co.
frisch eingetroffen:
1 Waggon
Kerzen

Bir empfehlen speziell zum Selbstverkauf folgende Sorten:
dünne Kerzen
Paket mit 10 Stück Inhalt
Nr. **1.40**
Stück **14** Pfg.
Paket mit 16 Stück Inhalt
Nr. **1.40**
Stück **9** Pfg.
bide, kurze
Wagen-Kerzen
Paket mit 8 St. Inhalt
Nr. **1.40**
Stück **18** Pfg.
Letztere sind für den Haushalt ebenfalls sehr praktisch. 8800
Wir machen darauf aufmerksam, daß die Wagenkerzen genau so lange brennen, wie die Wagenkerzen.
Nach auswärts gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. 8879

Pfannkuch & Co.
C. M. B. H.
In den bekanntesten Verkaufsstellen.

Palast-Theater
11 Herrenstraße 11

Die Liebesprobe
Brillantes Lustspiel in 3 Akten.

Wenn die Heimat ruft
3 Akte aus dem Leben eines Diplomaten.

Ausserdem das übrige sehr interessante Programm.
Zum gef. Besuche ladet ergebenst ein
Die Direktion:
Friedrich Schulten.
8881

Bekanntmachung.
Die Auszahlung der Kriegsunterstützung für die 2. Hälfte des Monats Dezember 1915 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweisarten an folgenden Tagen statt:
D. Z. 1 bis 2400: Mittwoch, den 15. Dezember 1915,
" 2401 " 4800: Donnerstag, den 16. Dezember 1915,
" 4801 " 7200: Freitag, den 17. Dezember 1915,
" 7201 " 9547: Samstag, den 18. Dezember 1915,
jeweils vormittags von 8 Uhr bis 11 Uhr und nachmittags 1/3 Uhr bis 6 Uhr im großen Rathhauseaal.
Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Auszahlungsgeschäfts werden die Begünstigten ersucht, die vorgeschriebene Reihenfolge genau einzuhalten.
Karlsruhe, den 9. Dezember 1915. 8847
Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.
Die Ausübung der Fischerei in der Ab in den Gebieten:
a) von der „Mühlburger Brücke“ bis zur ehemaligen Darglender Gemarkungsgrenze,
b) vom Fühnerstieg im Stadtteil Weiertheim bis zur alten Brücke bei Etlingen
soll für die Zeit von jetzt bis einschließl. Martini 1919 im Rathaus zu Karlsruhe Zimmer Nr. 76 am
28. Dezember 1915, vormittags 9 Uhr,
und zwar jedes der beiden Gebiete in einem Lose verpackt werden.
Die Entwürfe zu den Pachtwerten liegen nebst einer Planfolge, aus der die Fischereigebiete ersichtlich sind, im Rathaus, Zimmer Nr. 76, zur Einsichtnahme offen.
Karlsruhe, den 13. Dezember 1915. 8880
Der Stadtrat.

Welt-Kino Resi **Metropol**
früher
Kaiserstr. 133 Schillerstr. 22
Erstaufführung.
Der rasende Roland.
Lustspiel in 3 Abteilungen.
Die Frau des Anderen.
Drama in 3 Abteilungen. 8892

Nationaler Frauentag.
Mittwoch den 15. Dezember, abends 8 Uhr im kleinen Festhallsaal
2. Mütterabend.
„Allerhand Frauensorgen im 2. Kriegsjahre.“
Frau Luigard Himmelheber.
Eintritt frei. Jedermann willkommen.
Der Vorstand.
88 3

Kaufe Schlachtpferde
zu den höchsten Tagespreisen. 8456
Theodor Gramlich
Pferdeschlächtere mit elektrischem Betrieb.
Durlacherstr. 59. — Telephon 3319.

Meine
Weihnachts-Ausstellung
bietet
Große Auswahl in 8861
Korbwaren jeder Art
Blumentische und Stageren
Kinderstühle, kindertische
Nachtstühle, Chaiselongues
Nachtstühle, Nachtstühle
Puppenwagen, Leiterwagen
Kinderwagen, Schaukelstühle.
Die Preise sind äußerst niedrig gestellt und ist daher der Besuch meines Geschäftes für jedermann lohnend.
J. Hess, Kaiserstr. 123.
Spezialgeschäft für Kinderwagen und Korbwaren.
Rabattkarten. — Versand franco.
Sonntags bis abends 7 Uhr geöffnet.

Blei, Zink,
Zinn, Kupfer, Messing
und sonstige Altmetalle, höchst Preise
beschlagnahmefrei, kauft für Heereszwecke und zahlt die
M. Kleinberger, Karlsruhe
Schwanenstrasse 11 — Telephon 835.

Vor Ankauf eines
Flügels
Pianos
Harmoniums
besuche man im eigenen Interesse meine reichhaltigen Magazine.
Besichtigung u. Vorführung ohne Kaufzwang.
J. Kunz
Piano- und Harmonium-Magazin 8877
Karlsruhe, Karl-Friedrichstrasse 21, Rondellplatz.

Maurer & Tagelöhner
zu Tariflöhnen und Teuerungszulage sofort gesucht.
Baustelle Turbinenzentrale 8884
Patronenfabrik Karlsruhe.

Leopold Kölsch
Kaiserstrasse 211.
Wollwaren
Tücher und Westen.
8805

Konsumverein Durlach u. Umgeg.
C. S. m. B. S. 8887
Die Auszahlung unserer diesjährigen Dividende erfolgt nach folgender Nummerneinteilung und Tagen im Geschäftszimmer in Durlach, Gehulstraße 2:
Montag, den 20. Dezember, Nr. 1807-1200,
Dienstag, den 21. Dezember, Nr. 1199-600,
Mittwoch, den 22. Dezember, Nr. 599-1
jeweils von 9-12 Uhr vormittags u. von 3-8 Uhr nachmittags.
In Aue:
Sonntag, den 19. Dezember, nachmittags von 3-5 Uhr, in der Verkaufsstelle.
In Bergshausen:
Donnerstag, den 23. Dezember, nachmittags von 2-4 Uhr, in der Verkaufsstelle.
In Grödingen:
Donnerstag, den 23. Dezember, nachmittags von 5-8 Uhr, in der Verkaufsstelle.
Die Verabfolgung der Dividende erfolgt nur gegen Vorzeigen der Kontimationskarte.
An Kinder unter 16 Jahren wird nichts ausbezahlt.
Gleichzeitig mit obiger Auszahlung haben wir uns entschlossen

fünf billige Verkaufstage
in folgenden Artikeln festzusetzen, da in Wälde bedeutende Preissteigerungen eintreten werden.
Herren-Hemden
Herren- und Knaben-Fanellhemden
Herren- und Knaben-Unterhosen
Damen-Hemden und Unterhosen
Damen-Neformunterhosen
Damen-Westen
gestrickte Herrenwesten
blaue Arbeitskleider
Arbeitschürzen, Manchesters
Damen- und Kinderstrümpfe
Pulswärmer
Taschentücher
Dunstträger
Geldbeutel
gestrickte Knabenanzüge
Zwornigen
Dauschuhe
Doltschuhe soweit Vorrat
Martianischen
Körbe
Einlageohren
Schulstaschen
Schularikel
Christbaum schmuck
Strickwolle
sämtliche Kurzwaren
Sonntag, den 19. ds. Mts., sind unsere sämtlichen Verkaufsstellen geöffnet.
Der Vorstand.

Pfannkuch & Co.
Feinste Dresdener
Christstollen
per Stück **1.60**
Dieselben werden fertig zum
Selbstpostverkauf
in Karton geliefert.
Vorbestellungen erbeten. 8775

Der weiteste Weg lohnt sich.
Schwarze Frauenmäntel
M 19.75 M 24.75
M 28.75 M 32.75
Wert bedeutend höher.
Farbige Damenmäntel
von M 11.75 an
Sportjaken von M 6.50 an
Jadenkleider von M 19.75 an
Badeschürze M 1.85 2.25
Regenmäntel, Pelzinnen
Köcke, Glusen, Unterröcke
unübertroffen billig.
30 Wilhelmstr. 30

Ordnung oder Den zu kaufen gesucht. Zu erfragen bei Frau Maulhardt, Gindstraße Nr. 2, 4. St. r. 8858

Residenz-Theater
Waldstr.
Mittwoch bis Freitag

Pflicht und Liebe
Kriegsepisode in 3 Akten.

Die neuesten hochinteressanten Originalaufnahmen von sämtlichen
Kriegsschauplätzen.
Die grossartige Porphyrschlucht des Eggenfels (Dolomiten)

Lung als Männer-rechler, Humor.
Cinesinos Lausbubenreiche
Komödie.
0000000000000000

Die Hopi-Indianerin
Drama. 8848
0000000000000000
Der mitternächtliche Gast
Drama in 2 Akten.

Ein Mehr aller Krieg...
sehen. Not und...
scheidung...
auch für...
fähig, den...
ihn zu lä...
lückenlos...
Arbeits...
denken be...
wo dieser...
lich leidet...
schwächlich...
Aufgabe...
Niederlo...
Diesem...
nachden g...
mehlich, d...
handwerk...
Wir alle...
blätigen S...
fortzulebe...
wissen wo...
drastisch...
los zu ber...
sen als bi...
Gebot der...
Namen...
national...
ihre Schw...
nationale...
Sozialiste...
den so l...
In ma...
die Antw...
1. Ma...
Deutscher...
Denker, I...
1870/71 v...
sufammen...
Befreiung...
samte ma...
in ihm fü...
des Volk...
wie das n...
unbeschol...
gehoben.
Der I...
täuft und...
hälftliche...
steteren, i...
fernen, je...
alle einm...
könen Gro...
freieren V...
und befr...
ten wir d...
fes im G...
nieherliche...
hen, wenn...
herrschten...
überliche...
lung der...
ten wäre...
Im ge...
unserer S...
mit das J...
Kuffahum...
Volltrieb...
große Kl...
lügen tre...
erkannten...
loshaltig...
ten und f...
eine unge...
Zufammen...
ahnt gef...
Das G...
bewindba...
lust. Al...
totkollagen...
An de...
gleich me...
politische...
dorf füb...
mehr rit...
hüchen. S